

Niederschrift

Gremium	Sitzung - BSS/002(VI)/14			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 16.09.2014	Altes Rathaus Hansesaal	16:30 Uhr	18:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.07.14
- 4 Neuwahl des VHS-Beirates für die VI. Legislaturperiode des Stadtrates der LH Magdeburg
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Ersatzneubau Umkleide- und Sanitärgebäude Sportanlage Tonschacht DS0251/14
- 5.2 Namensgebung einer Schule DS0262/14
- 5.2.1 Namensgebung einer Schule DS0262/14/1
- 6 Informationen
- 6.1 Information zur Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und zum Initiativfonds Gemeinwesenarbeit im Jahr 2013 I0205/14
- 6.2 Sachstand Hochwasser – Teilmaßnahmeplan 06 Hochwasserschäden Sportstätten DS0374/13 I0210/14
- 6.3 Neubau einer Grundschule Stadtfeld Ost I0231/14
- 7 Verschiedenes
- 7.1 Erweiterung des Modellprojektes "Öffnung von Schulbezirken" - Clusterbildung
- 7.2 Planung der Sitzungstermine für 2015

Anwesend:

Vorsitzende/r

Stadtrat Bernd Heynemann

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Christian Hausmann

Stadtrat Günther Kräuter

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Jürgen Canehl

Stadträtin Carola Schumann

i. V. für SR Schindehütte

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Dr. Joachim Köhler

Sachkundiger Einwohner René Osselmann

Geschäftsführung

Frau Sylvia Grützner

abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Hans-Joachim Mewes

Sachkundige Einwohner/innen

Sachkundiger Einwohner Rainer Löhr

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses mit 6 Stadträtinnen/Stadträten fest. In Vertretung für Stadtrat Schindehütte ist Stadträtin Schumann anwesend.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit dem Abstimmungsergebnis **6 : 0 : 0** bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 24.07.14

Die Niederschrift der Sitzung vom 24.07.14 wird mit dem Abstimmungsergebnis **4 : 0 : 2** genehmigt.

4. Neuwahl des VHS-Beirates für die VI. Legislaturperiode des Stadtrates der LH Magdeburg

Der Leiter der Städt. Volkshochschule, Herr Liebe, weist auf die erforderliche Neuwahl des VHS-Beirates hin, die im Zusammenhang mit der Neukonstituierung des Stadtrates steht. Er informiert kurz über Aufgaben und Zusammensetzung des Beirates. In den vergangenen drei Wahlperioden gehörten dem Beirat jeweils 7 Mitglieder der Stadtratsfraktionen an, die auch im Ausschuss BSS tätig waren sowie 2 Dozentenvertreter der VSH und 1 Vertreter der Teilnehmer an VHS-Veranstaltungen.

Herr Liebe schlägt für die neue Wahlperiode folgende Vertreter der VHS zur Berufung in den Beirat vor:

Frau Gisela Reiser, Dozentenvertreterin

Herrn Thomas Krüger, Dozentenvertreter

Herrn Axel Behr, Teilnehmervertreter

Als Vertreter der Fraktionen schlägt er analog der vergangenen Wahlperioden die Mitglieder des Ausschusses BSS vor.

Nach vorheriger Abstimmung in den Fraktionen stimmen die Ausschussmitglieder BSS diesem Vorschlag zu und erklären sich zur Mitarbeit im VHS-Beirat bereit.

Dazu ist eine Empfehlung des Ausschusses zur Berufung der Beiratsmitglieder durch den Oberbürgermeister erforderlich, die durch Herrn Liebe vorbereitet wird.

Abstimmungsergebnis: **6 : 0 : 0**

5. Beschlussvorlagen

5.1. Ersatzneubau Umkleide- und Sanitärgebäude Sportanlage Tonschacht Vorlage: DS0251/14

Vom zuständigen Eb KGm ist der verantwortliche Mitarbeiter, Herr Schulze, anwesend und bringt die Beschlussvorlage ein. Er erläutert die Baumaßnahme und den Kostenrahmen zum Ersatzneubau des Umkleide- und Sanitärgebäudes für den Sportplatz Tonschacht.

Der Stadtrat hat 2013 den Grundsatzbeschluss zu diesem Ersatzneubau im Rahmen des Förderprogramms „Soziale Stadt“ gefasst.

Es handelt sich um eine Kernsportstätte der Stadt, die vom FB 40 verwaltet wird.

Ganzjährige Nutzer sind die vor Ort ansässigen Sportvereine und die BbS „Dr. Otto Schlein“.

Der Sportbetrieb soll während der Sanierungsphase vom August 2015 bis Juni 2016 weiterlaufen, so dass die ganzjährige Nutzung der Sportanlage gewährleistet ist. Die alten Gebäude einschl. Nebengelass werden abgerissen.

Die Anforderungen für den Betrieb als Vereinssportstätte werden vollständig erfüllt.

Der Ausschussvorsitzende dankt für die Einbringung der DS und fragt nach der Beantragung von Mitteln sowie nach offensichtlich fehlender Heizungsanlage im Sozialgebäude.

Herr Schulze erklärt, dass es hier eine Irritation gab; eine ganzjährig ausgelegte Heizungsanlage ist vorhanden.

Der Bg IV, Herr Dr. Koch, spricht sich anerkennend darüber aus, dass mit dem Stadtratsbeschluss nun endlich der Ersatzneubau für die Kernsportstätte Tonschacht auf den Weg gebracht werden kann.

Herr Krüger, FBL 40, informiert über die im Haushaltsplan 2015 angemeldeten Mittel für diese Sportanlage.

Abstimmungsergebnis zur DS0251/14: **6 : 0 : 0**

5.2. Namensgebung einer Schule Vorlage: DS0262/14

Der Bg IV, Herr Dr. Koch, weist auf die Regelungen zum Umgang mit Namensvorschlägen für Magdeburger Grundschulen hin. Er stellt fest, dass die Gesamtkonferenz der beiden GS (Am Westernplan/Stormstraße) mehrheitlich für den Schulnamen „Stadtfeld“ gestimmt hat. Die Verwaltung hat nach diesem Votum die Beschlussvorlage zur Namensgebung erstellt.

Stadtrat Canehl stellt hierzu einen Änderungsantrag vor, in dem die Namensgebung „Am Westernplan“ vorgeschlagen wird. Der Name Grundschule „Stadtfeld“ sei irreführend, da es in Stadtfeld fünf weitere Grundschulen gibt. Der Schulname „Am Westernplan“ dagegen sei eingängig und bekannt, da auch die Straße „Westernplan“ auf die Schule zuführt.

Stadträtin Schumann merkt an, dass der ÄA nicht, wie von Stadtrat Canehl genannt, ein interfraktioneller Antrag sei, da der als Absender auch genannte Stadtrat Dr. Kutschmann nicht im Namen seiner Fraktion diesen unterzeichnete. Nach ihrer Meinung gilt das Votum der Gesamtkonferenz.

Stadtrat Hausmann sieht in der Namensgebung einen Kompromiss der Gesamtkonferenz. Stadtrat Müller spricht sich für die Zustimmung zur DS aus, weil der Namensvorschlag auf der Gesamtkonferenz beschlossen wurde, wenngleich er aber auch den Namenswunsch „Am Westernplan“ nachvollziehen könne. Er wird sich deshalb enthalten.

Stadtrat Kräuter und der sachk. Einwohner, Herr Dr. Köhler, sprechen sich aufgrund der bestehenden „Regelung zur Namensgebung von Schulen in der LH MD“ für den Vorschlag der Gesamtkonferenz aus.

Stadtrat Canehl unterstreicht nochmals die Gründe, die für den Namen „Am Westernplan“ sprechen. Es gibt weitere 5 GS in Stadtfeld; dieser Schulname helfe wenig im Sinne einer Orientierung. Auch der Stadtteil wünschte sich die Beibehaltung des Namens „Am Westernplan“.

Stadträtin Schumann führt aus, dass ihr als Lehrerin bekannt ist, wie in Gesamtkonferenzen diskutiert wird. Die Gesamtkonferenz ist das höchste Gremium einer Schule. Der Stadtteil kann hier nicht einwirken.

Herr Dr. Koch erläutert auf Anfrage des sachk. Einwohners, Herrn Osselmann, die Notwendigkeit einer neuen Namensgebung für diese Schule nach einer Fusion.

Stadtrat Müller stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Zurückstellung der Beschlussvorlage bis zur Anhörung der AG Gemeinwesenarbeit im Stadtteil zur Namensgebung der Grundschule.

Herr Krüger, FBL 40, erinnert an die geltenden Regelungen zu Schulnamensgebungen; die Gesamtkonferenz hat das Vorschlagsrecht.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung.

Geschäftsordnungsantrag:	2 : 3 : 1
Änderungsantrag DS0262/14/1:	2 : 3 : 1
DS0262/14:	3 : 2 : 1

5.2.1. Namensgebung einer Schule
Vorlage: DS0262/14/1

s. TOP 5.2

6. Informationen

6.1. Information zur Arbeit der Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit und zum Initiativfonds Gemeinwesenarbeit im Jahr 2013
Vorlage: I0205/14

Herr Dr. Gottschalk, Dez. V/02, bringt die Informationsvorlage ein. Er fasst die Schwerpunkte der ehrenamtlich arbeitenden AG Gemeinwesenarbeit zusammen. Bisherige Aktivitäten einzelner AG sind aus der Vorlage ersichtlich. Themenschwerpunkte und wichtige Projekte der AG in den Stadtteilen werden stichpunktartig dargestellt. In den Sozialregionen Nord, Mitte, Süd und Südost ist die Anzahl der Projekte inzwischen auf insgesamt über 190 gewachsen. Aus dem Initiativfonds Gemeinwesenarbeit erhalten die Stadtteilprojekte Unterstützung. Im Jahr 2013 wurden 180 Projekte mit insgesamt 49.215,82 EUR unterstützt.

Stadtrat Müller spricht sich anerkennend über die Information aus und gibt den Hinweis, dass bei Erstellung künftiger Jahresberichte auch ersichtlich werden sollte, wie viele Objekte die Verwaltung aktiv in AG einbringt, die GWA könnte Vorschläge unterbreiten. Die Verwaltung sollte die DS in den AG bekannt machen und aktiv darauf zugehen.

Stadträtin Schumann spricht hinsichtlich der Beratungen der AG die angesetzten Uhrzeiten an. Es wäre sinnvoll, die Sitzungen möglichst in den Nachmittagsstunden durchzuführen, damit auch die Berufstätigen die Möglichkeit der Teilnahme haben.

Stadtrat Canehl sieht dies ebenso. Er spricht auch die Ausreichung der Mittel in gleicher Höhe an.

Die unterschiedliche Einwohnerzahl der Stadtteile sollte Berücksichtigung bei der Vergabe der Mittel finden und noch diskutiert werden.

Stadtrat Müller merkt an, dass es in den Stadtteilen Sudenburg/Lemsdorf Meinungsverschiedenheiten gab, die im Zusammenhang mit der Aktion „Lindenallee“ standen. Die damalige AGW Sudenburg/Lemsdorf war vor einigen Jahren Pate hierfür, was auch auf einem angebrachten Schild an der Allee dokumentiert wurde. Jetzt ist auf diesem Schild, entgegen dem damaligen

Patenschaftsvertrag, als Pate für die „Lindenallee“ der Stadtteil Lemsdorf benannt. Nach Ansicht des Stadtrates Hausmann engagieren sich die Einwohner in gleicher Weise, maßgeblich sei die Zahl der Aktiven in den GWA.

Herr Dr. Gottschalk informiert, dass eine Diskussion hierzu bereits seit einigen Jahren geführt wird. Er gibt weiter bekannt, dass im Jahr 2015 wieder ein GWA-Tag durchgeführt wird. Die Uhrzeiten-Diskussion, so Herr Dr. Gottschalk, gab es auch schon in der Vergangenheit. Die von Stadtrat Müller angesprochene Allee-Patenschaft ist ihm bekannt; er wird diesen Hinweis mitnehmen.

Die **I0205/14** wird **zur Kenntnis** genommen.

6.2. Sachstand Hochwasser – Teilmaßnahmeplan 06
Hochwasserschäden Sportstätten DS0374/13
Vorlage: I0210/14

Der FBL 40, Herr Krüger stellt die Informationsvorlage vor. Im FB 40 waren vom Juni-Hochwasser 2013 insbesondere die Sportstätten im Stadtpark betroffen. Diese wurden wiederholt durch Hochwasser beschädigt, da sie im Überschwemmungsgebiet der Elbe liegen. Im Bereich der Sportstätten wird gemäß der „Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013“ auf Nachhaltigkeit bei der Beseitigung der Schäden geachtet.

Stadtrat Canehl erkundigt sich nach dem Sanierungsstand und konkreten Planungen für den Sportplatz Seilerwiesen.

Herr Krüger gibt zur Kenntnis, dass für dieses Objekt per 30. Juni die Antragstellung erfolgte. Der Planungsstand entspricht den vom Fördermittelgeber geforderten Maßstäben.

Stadtrat Heynemann fragt nach Gründen der Abweichung der Schadenssummen (Pkt. 3.).

Herr Dr. Koch informiert, dass ausschließlich hochwasserbedingte Schäden über die Anträge beseitigt werden können und hier auf Nachhaltigkeit geschaut wird.

Herr Krüger führt an, dass Schäden und Kosten ermittelt sind, aber über die Höhe der Hochwasserhilfen noch nicht entschieden wurde.

Stadtrat Kräuter erkundigt sich zum Sportplatz Pechau. Herr Krüger erläutert, dass der Pechauer Sportplatz vorgezogen wurde; für die Sanierung werden 450.000 EUR nötig. Laut Investitionsbank ist diese Sanierung nicht in der Höhe förderbar, mit Blick auf den Sportplatz ist nur Naturrasen zu finanzieren. Es wird untersucht, ob 30.000 EUR von der Verwaltung aufgebracht werden können.

Der Behindertenbeauftragte, Herr Pischner, sieht eine barrierefreie Sanierung der elbnahen Objekte aufgrund der Stufen als schwer umsetzbar an, Aufzüge sind nicht vertretbar.

Dr. Koch verweist darauf, dass teilweise bestehender Bestandsschutz aufgehoben werden müsste und in diesem Zusammenhang umfangreiche Gutachten einzuholen sind. Es müsse perspektivisch gesehen und auf Nachhaltigkeit geachtet werden.

Stadtrat Müller möchte wissen, was mit dem Objekt Schweizer Haus vorgesehen ist.

Dr. Koch teilt mit, dass es sich hier um ein Mietobjekt des SCM handelt. Das Schweizer Haus steht unter Denkmalschutz. Das Gebäude weist erhebliche Schäden oberhalb der vom Hochwasser betroffenen Bereiche auf. Aus Fördermitteln können nur die hochwasserbedingten Schäden saniert werden.

Stadtrat Müller fragt nach einer nochmaligen Information für den Ausschuss BSS zu Plänen zum Schweizer Haus. Herr Dr. Koch: Die Anträge befinden sich zzt. im Prüfverfahren der IB, Abgabeschluss ist der 31.12.2014. Nachvollziehbar ist jedoch der Wunsch der Ruderer nach einem neuen, hochwassersicheren Standort.

Der Ausschussvorsitzende ergänzt, dass die Stadt entscheiden müsse, was aus dem Gebäude werden soll.

Die **I0210/14** wird **zur Kenntnis** genommen.

6.3. Neubau einer Grundschule Stadtfeld Ost Vorlage: I0231/14

Die Informationsvorlage – Neubau einer GS in Stadtfeld Ost – wird von Herrn Sengstock, FDL 40, eingebracht. Er hält fest, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handelt, der aufzeigen sollte, wie räumliche Probleme im Bereich der Stadtfelder GS gelöst werden könnten.

Ursprung der Untersuchung ist der Modellversuch an 5 GS in Stadtfeld (Verzicht auf Schulbezirke). Herr Sengstock verweist auf die Beschlusslage (ÄA DS0171/12/2), wonach die GS am Standort Albert-Vater-Straße 4-zügig betrieben werden kann, wenn der Bedarf gegeben ist und die Raumkapazität dies zulässt.

Aus Sicht der Verwaltung gibt es keinen zwingenden Grund, einen Neubau für eine GS in Stadtfeld Ost zu errichten (z. B. in der W.-Kobelt-Straße). STARK III-Mittel könnten nicht hierfür eingesetzt werden, da ein Neubau nicht förderfähig ist.

Der Bg IV, Herr Dr. Koch, informiert, dass 2015 an Grundschulen keine Schülerkapazitäten überschritten werden, auch nicht im Bereich Westring. Die Prognosen der Verwaltung haben sich im Wesentlichen bestätigt.

Mit Blick auf die künftige Entwicklung der Schülerzahlen muss der finanzielle Aspekt beachtet werden; eine Schule kann nicht nur für 10 bis 12 Jahre gebaut werden. Es ist nicht nur der Augenblick zu sehen, sondern auch die Perspektive zu bedenken.

Dr. Koch erinnert an frühere Entscheidungen und Veränderungen, die umgesetzt wurden. In dieser Gemengelage hat die Verwaltung mit ihrer Schulentwicklungsplanung eine wichtige, von Dritten auch als beispielhaft anerkannte Grundlage erarbeitet.

Stadtrat Canehl begründet die Antragstellung zum Schulneubau und verweist auf zu erwartende höhere Schülerzahlen, wenn die Wohnbebauung im Bereich des Schlachthofgeländes erfolgt, sowie auf die für ihn unbefriedigende Situation an der IGS W. Brandt und der GS Westring. Er kann die Begründung und Angabe der Schülerzahlen/Klassenstärken lt. DS0450/13 (Feststellungsbeschluss zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung ...) nicht nachvollziehen. Er ist froh über den gelungenen Modellversuch im GS-Bereich Stadtfeld.

Herr Sengstock verweist auf die VO zur Schulentwicklungsplanung sowie das Schulverwaltungsblatt 7/2010 (RdErl. zur Unterrichtsorganisation an GS). Nach diesen Vorgaben (Schülerzahlen) hat die Verwaltung richtig gehandelt.

Hinsichtlich der Wahl des Verfahrens der Clusterbildung erinnert Herr Dr. Koch an das Einbeziehen des Ausschusses vor der formellen Erstellung der Schulentwicklungsplanung. Zu den IGS-Anmeldungen merkt er an, dass jeder Schüler, der IGS wählt, auch einen Platz an dieser Schulform erhält. Er bittet die nächsten 1 bis 2 Jahre abzuwarten und zu beobachten, wie sich der Elternwille entwickelt, auch bezüglich der Anwahl der Gemeinschaftsschulen.

Stadtrat Hausmann stellt fest, dass allen Fraktionen die Zuarbeit der Verwaltung zur Clusterbildung vorlag und die voraussichtlichen Schülerzahlen sowie der Bedarf umfassend erläutert wurden.

Stadtrat Canehl sieht für den Bereich Stadtfeld Ost entgegen der Einschätzung der Verwaltung einen höheren Bedarf und bezweifelt ausreichend vorhandene Plätze.

Herr Krüger, FBL 40, erläutert nochmals die Berechnungsgrundlage zur Feststellung des zu erwartenden Bedarfs an Plätzen.

Die **I0231/14** wird **zur Kenntnis** genommen.

7. Verschiedenes

7.1. Erweiterung des Modellprojektes "Öffnung von Schulbezirken" - Clusterbildung

Der Ausschussvorsitzende hält fest, dass das vorliegende Zahlenmaterial zur Clusterbildung zunächst ein Vorschlag der Verwaltung ist.

Herr Dr. Koch geht auf die Genese des Modellversuchs der Stadtfelder Grundschulen ein. Die Verwaltung hatte damals auf ein mögliches Problem hinsichtlich der Schüler hingewiesen, die neben einer GS wohnen, diese aber aufgrund zu vieler Anmeldungen nicht besuchen können. Der Fall ist nicht eingetreten und alle Stadtfelder Grundschüler besuchen zzt. die angewählte Schule.

Die Frage ist jetzt, ob die Schulbezirke so bleiben oder eine Erweiterung des Modellprojektes (Clusterbildung) vorgenommen werden soll. Der Modell-Bereich Stadtfeld wird beibehalten. Zum Jahresende muss hierzu ein Beschluss vorliegen. Er hält die Clusterbildung als Zwischenschritt für richtig.

Stadträtin Schumann begrüßt die Erweiterung der Schulöffnungsbereiche. Ihrer Ansicht nach wäre auch die Zusammenlegung im Bereich Nordwest/Alt Olvenstedt und auch in Rothensee angebracht; sie findet größere Einheiten richtiger.

Stadtrat Kräuter spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus und wird diesem zustimmen.

Stadtrat Canehl schließt sich der Meinung von Stadträtin Schumann an, es spricht nichts gegen den Vorschlag der Verwaltung. Für ihn wären 6 oder 7 Cluster auch eine gute Lösung.

Stadtrat Müller informiert, dass seine Fraktion den Verwaltungsvorschlag für eine gute Diskussionsgrundlage hält, mit den 12 Clustern einverstanden ist und der Vorlage folgt.

Stadtrat Hausmann unterstützt ebenfalls die Bildung der 12 Cluster, der Bereich Rothensee sollte aufgrund der Lage ein Extragebiet bleiben.

Stadtrat Heynemann sieht in dem Papier ebenfalls eine gute Diskussionsgrundlage und sieht die Clusterbildung als einen Zwischenschritt.

Herr Dr. Koch merkt zur GS Rothensee an, dass diese in der Vergangenheit auf dem Prüfstand war. Jetzt ist sie „überlebensfähig“ und der Einzugsbereich könnte so belassen werden. Der Olvenstedter Bereich könnte noch einmal untersucht und der Clusterkreis größer gezogen werden. Er wird als Resümee mitnehmen, dass eher 10 oder 11 Cluster, nicht 6 oder 8 Cluster gebildet werden. Die Verwaltung wird mit Vorsicht und vorausschauend agieren; wichtig ist, den Blick auf die Eltern zu richten. In 3 bis 4 Jahren müsste die Situation neu bewertet werden, inwieweit dann eine gänzliche Öffnung der Schulbezirke sinnvoll wäre.

Stadträtin Schumann erkundigt sich nach der Möglichkeit des Umgehens von Losverfahren. Hierzu hat Dr. Koch Vorbehalte, da die Verwaltung juristische Sicherheit braucht. Entscheidungen können dann von der Härtefallkommission getroffen werden, ca. 15 % der Plätze sollten dafür vorgehalten werden.

Stadtrat Canehl merkt an, dass es in Halle offensichtlich keine Probleme mit den Einzugsgebieten gibt und er möchte erfahren, wie es dort geregelt wird.

Dr. Koch weist darauf hin, dass auch auf Gesetzlichkeiten des Landes geachtet werden müsse.

Bezogen auf die Anfrage zu Schulbezirken in Halle kann im Ergebnis der Recherche informiert werden, dass Halle 32 kommunale GS vorhält, jede kommunale GS ist für ein bestimmtes Wohngebiet zuständig.

Der Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass die Clusterbildung als Zwischenschritt zu sehen ist und die Verwaltung überprüft, ob es bei den 12 genannten Clustern bleiben kann. Es besteht Konsens innerhalb des Ausschusses BSS und der Fraktionen. Im Ausschuss BSS wird die Beschlussvorlage hierzu noch in diesem Jahr beraten.

Der Behindertenbeauftragte, Herr Pischner, fragt nach dem Anteil der Schüler der Comeniusschule und was aus den Räumen der GS Stormstraße nach Zusammenlegung mit der GS Westernplan wird.

Hierzu berichtet Herr Krüger, dass die Comeniusschule die Schüler der Grimm-Schule aufgenommen hat.

Die freien Räume der ehem. GS Stormstraße werden saniert und der Salzmannschule zugeordnet.

7.2. Planung der Sitzungstermine für 2015

Der Ausschussvorsitzende stellt die geplanten Sitzungstermine BSS für das Jahr 2015 vor. Die Ausschussmitglieder stimmen den vorgeschlagenen Terminen zu sowie dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden, jährlich zwei bis drei Sitzungen in einer Einrichtung des Schul- bzw. Sportbereiches durchzuführen.

Die nächste Sitzung (21.10.14) findet im Hansesaal des Rathauses statt, ein Thema ist die Beratung zum Haushalt 2015.

Die Novembersitzung (18.11.14) wird in der FÖSK am Fermersleber Weg durchgeführt, um vor Ort die momentane und künftige Situation der Schule zu beraten. Im Vorfeld findet die turnusmäßige Sitzung des VHS-Beirates zur Bestätigung des VHS-Frühjahrssemesters statt; Beginn VHS-Beiratssitzung: 15.30 Uhr, Beginn BSS-Sitzung: 16.30 Uhr.

- Stadträtin Schumann hinterfragt die Anzahl der diesjährigen Einschüler im Stadtteil Ottersleben, nach ihrer Kenntnis wurden mehr Schüler eingeschult als ursprünglich angemeldet.
Hierzu erklärt Herr Krüger, dass ihm noch keine endgültigen Einschülerzahlen der GS vorliegen.
Stadträtin Schumann erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob im Falle höherer Schülerzahlen auch zusätzliche Reinigungsarbeiten im Sanitärbereich geplant sind.
Herr Krüger informiert über Reinigungsverträge, die der Eb KGm für alle Schulen abschließt, die Verträge laufen jeweils über einen Zeitraum von 2 Jahren.
- Stadtrat Canehl fragt, ob Schulleiter eigenständig die Klassenbildung vornehmen können. Nach Auskunft Herrn Krügers ist dies zulässig, wenn ausreichend Personal und Räume zur Verfügung stehen.
- Stadträtin Schumann erfragt die Gründe der Stundenkürzungen für die Zooschule.
Der FB 40, so Herr Krüger, beantragt jährlich Unterrichtsstunden. In diesem Jahr wurden erstmalig Stunden gekürzt; die Bedingungen legt das Landesschulamt fest.
Herr Dr. Koch führt an, dass seitens der Verwaltung frühzeitig interveniert wurde.

- Herr Troschke von der GWA Stadtfeld/West nimmt an der öffentlichen Sitzung teil; er erkundigt sich, wie er sich als Einwohner zu bestimmten Themen im Rahmen einer BSS-Ausschusssitzung einbringen kann.
Hinsichtlich der Frage zum Rederecht verweist Stadtrat Müller auf die Geschäftsordnung als Grundlage für die Arbeit in Stadtratsausschüssen.
Ergänzend weist Herr Dr. Koch auf das Interesse der Stadträte und der Verwaltung an Öffentlichkeit in den Ausschüssen hin.
- Der Ausschussvorsitzende gibt abschließend den Inhalt eines an ihn gerichteten Schreibens der Sportgemeinschaft Stahl Magdeburg-Nord e.V. zur Kenntnis. Nach Beendigung der Bürgerarbeit zum 30.09.14 müsse perspektivisch nach Lösungen gesucht werden, nur über das Ehrenamt allein sei die Bewältigung der Aufgaben nicht zu schaffen. Ein Informationsheft der SG Stahl MD-Nord wird den Ausschussmitgliedern ausgereicht. Das Schreiben und die Anlagen (Tätigkeitsbeschreibung der Bürgerarbeit, Leserbrief, Übersicht Belegungsplan und Betriebskosten) wird dem FB 40 zur Klärung, soweit möglich, übergeben.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Bernd Heynemann
Vorsitzender

gez. Sylvia Grützner
Schriftführerin